

schaffer Maulawi Saeed-ur-Rahman Haqqani Anfang Mai. "Die Verfassung wird auf dem Koran, der Sunnah und der hannafitischen Schule des Islam basieren", erklärte er in Islamabad. Das Justizministerium habe nach Konsultationen mit über 2.000 Religionsgelehrten bereits einen Entwurf ausgearbeitet und Taliban-Chef Mullah Muhammad Omar zur Bestätigung vorgelegt. Als die drei Grundziele der Taliban-Herrschaft werden die Durchsetzung eines islamischen Systems, die Wiederherstellung des Friedens und die Herstellung der territorialen Integrität des Landes festgeschrieben. Mit den Minderheitenrechten wird es hingegen schlecht aussehen: Obwohl auch sie festgeschrieben werden sollen, behauptete Haqqani, 90 bis 95 Prozent der Afghanen seien Sunniten - was nicht der Realität entspricht. Er äußerte sich auch zu den Frauenrechten: "Wir wollen Frauen keine Rechte wegnehmen, die ihnen der Islam gegeben hat. Wenn der Krieg in Afghanistan beendet ist, werden wir ein Modell für die Frauen vorstellen." Koedukation schloß er aller-

dings aus, weil der Islam dies nicht erlaube. "Wir wollen Frauen nicht zu Tieren machen", sagte er. "Wir werden sie schön wie Perlen in einer Schachtel bewahren."

Amnesty-Auszeichnung für afghanische Frauenrechtlerin

Amnesty International hat die afghanische Frauenrechtlerin Sima Wali für ihr Engagement für die afghanischen Frauen ausgezeichnet. Frau Wali kümmerte sich als Vorsitzende einer Hilfsorganisation seit zehn Jahren um die Ausbildung und den Gesundheitsschutz von Flüchtlingsfrauen in Pakistan und Afghanistan und sorgte für ihren rechtlichen Schutz.

Kabul wird schönstes Taliban-Dorf

Der Taliban-Bürgermeister von Kabul, Abdul Majid, hat angeordnet, daß die Einwohner der afghanischen Hauptstadt ihre Häuser und Geschäfte weiß streichen, damit die kriegszerstörte Stadt

"sauber und ordentlich" aussehe. Von der Anordnung eingeschlossen seien alle Häuserfronten entlang der Hauptstraßen. "Wenn die Taliban sich so viel Gedanken um die Verschönerung der Stadt machen, sollen sie den Leuten auch die Farbe bezahlen", zitierte Reuters einen Einwohner. Die meisten Kabuler können sich Farbe nicht leisten.

Frauen dürfen wieder für Hilfsprogramm arbeiten

Die Taliban und die Hilfsorganisation 'Terre des Hommes' (tdh) haben Ende April nach 18monatigen Verhandlungen ein Protokoll unterzeichnet, demzufolge afghanische Frauen wieder in den Hilfsprogrammen der Organisation arbeiten dürfen. Es betrifft landesweit 50 Afghaninnen, die in einem tdh-Programm für Kinder eingesetzt werden sollen. Das Protokoll wurde auf Seiten der Taliban von deren Gesundheitsminister Mulla Muhammad Abbas Achund unterschrieben.

Ende einer kurzen Friedenshoffnung

Vereinbarung von Aschchabad geplatzt

von Thomas Ruttig

Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung in Afghanistan währte nur vier Wochen. Bereits Anfang April schloß Taliban-Chef Mullah Muhammad Omar eine weitere Gesprächsrunde mit der Allianz seiner Gegner aus, die am 12. April in Turkmenistans Hauptstadt Aschchabad beginnen sollte, wo sich die verfeindeten Parteien im März unter UNO-Vermittlung prinzipiell auf eine Machtteilung geeinigt hatten. Die Opposition habe es abgelehnt, ein "vereinigtes Kommando" für Afghanistan unter Taliban-Führung zu bilden, sagte Omar pakistischen Nachrichtenagenturen, deshalb gebe es "keine Möglichkeit, eine weitere Gesprächsrunde durchzuführen". Taliban Informationsminister Abdul Hai Mutmain erklärte die UN-vermittelten Gespräche wegen anhaltender Kämpfe für gescheitert.

Die Taliban hatten faktisch einen Beitritt der Opposition in ihre Verwaltung

des "Islamischen Emirats Afghanistan" verlangt. Mullah Omar verkündete zudem kurz nach der ersten Aschchabader Runde, die dort getroffene Vereinbarung bedeute nicht zwangsläufig, daß seine von Pakistan unterstützte Bewegung Führungspositionen räumen werde.

Entsprechend enttäuscht fiel die Reaktion von UN-Generalsekretär Kofi Annan aus. Die Absage der Gespräche, ließ er in New York verlauten, werde "dem Volk von Afghanistan noch mehr Leiden und dem schon verwüsteten Land noch mehr Zerstörung zufügen". Wenn Annan auch die Hoffnung nicht aufgeben mag, sind seine nächsten Ziele in Afghanistan bescheidener geworden. Die UN wolle die Gespräche mit beiden Seiten und interessierten Ländern wieder aufnehmen, um eine Vereinbarung zu erreichen, die beitragen könne, "das gegenwärtige Niveau der Kämpfe zu begrenzen und beide Seiten hoffentlich ei-

ner friedlichen Lösung näherzubringen". Gleichzeitig drohte er den Taliban mit dem erneuten Abzug der gerade zurückgekehrten Helfer, wenn deren Sicherheit nicht endlich gewährleistet werde. Er weiß, daß die Taliban ohne internationale Hilfe die von ihnen kontrollierte Bevölkerung nicht versorgen könnte.

Schon in den Tagen vor der gescheiterten zweiten Gesprächsrunde hatten sich die Kämpfe zwischen beiden Seiten, die auch nach den Gesprächen in Turkmenistan nie ganz zum Stillstand gekommen waren, an mehreren Fronten weiter intensiviert. Wenige Kilometer nördlich der Hauptstadt Kabul lieferten sich beide Seiten intensive Artillerieduelle. Kommandanten des militärischen Oppositionsführers Ahmad Schah Massud starteten Ende März Offensiven in den Nordprovinzen Baghlan und Kunduz. In Kunduz, einer von den Taliban gehaltenen Enklave, trafen Raketen den

Flugplatz. In der zentralafghanischen Provinz Bamian rückten Massud-Verbündete bis auf vier Kilometer auf die gleichnamige Provinzhauptstadt vor. Sie warfen den Taleban vor, dort die Zivilbevölkerung zu vertreiben und 500 Einwohner als Geiseln gefangen genommen zu haben. Die Taleban verlegte unterdessen Kampfflugzeuge und Hubschrauber nach Bamian. Taleban-Bombardements wurden aus drei weiteren Nordprovinzen - Faryab, Dschodschan und Tochar - gemeldet.

Allerdings meldete die tajikische Nachrichtenagentur 'Asia-Plus', am 8. Mai hätten in Aschhabad erneut Sondierungen zwischen Taleban- und Oppositionsvertretern über eine Wiederaufnahme der Gespräche begonnen. Eine Woche zuvor hatten Irans Außenminister Kamal Charrazi und seine usbekischen Gastgeber in Taschkent sich dafür ausgesprochen, daß die sogenannte 6+2-Gruppe aus Rußland, den USA sowie Afghanistans sechs Nachbarländern China, Iran, Pakistan, Usbekistan, Tadjikistan und Turkmenistan unter UN-Schirmherrschaft eine Lösung herbeiführen solle.

Für zusätzliche Spannungen sorgte Rußland. Zunächst traf sich Verteidigungs-

minister Igor Sergejew in Tadschikistan mit Massud. Danach gab Usbekistans Staatschef Islam Karimow bekannt, Rußland wolle in Tadjikistan eine weitere Militärbasis anlegen. Die Taleban warfen Rußland daraufhin eine "kolonialistische Politik" und die Fortsetzung ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans vor.

Kampf um Bamian

Seitdem haben sich die Kämpfe besonders auf die zentralafghanische Provinzhauptstadt Bamian konzentriert. Innerhalb von nur drei Wochen wechselte die Stadt zweimal den "Besitzer". Nach acht Monaten Taleban-Herrschaft rückten am 21. April Einheiten der schiitischen Gruppen 'Hezb-e Wahdat' und 'Harakate Islami' in die Stadt ein. Dabei sei ihren Angaben zufolge auch der Taleban-Gouverneur der Stadt, Maulawi Muhammad Islam, getötet worden. Aber bereits am 9. Mai war eine Gegenoffensive der Taleban erfolgreich. Hunderte Taleban-Kämpfer seien auf LKWs, Panzern und Schützenpanzern in die Stadt eingerückt. Heftige Bombenangriffe waren dem vorausgegangen. Taleban-Informationsmini-

ster Muttaqi zufolge seien die Taleban von der Bevölkerung der Distrikte Kammarz und Saighan unterstützt worden.

Mitte Mai beschuldigte die Anti-Taleban-Allianz ihre Gegner, nach der Einnahme der Stadt erneut "Hunderte von Zivilisten-Familien" massakriert zu haben. Der schiitische Oppositionskommandant General Seyyed Hussain Anwari behauptete, Häuser seien niedergebrannt und eine "Terrorkampagne" gegen seine schiitischen Hazara-Landsleute gestartet worden. Deshalb seien viele Bewohner Bamians in die umliegenden Berge geflohen, wo das extrem kalte Wetter weitere Tote gefordert habe. Unabhängige Quellen konnten die Angaben zunächst nicht bestätigen. Ein Mitarbeiter des britischen TV-Senders ITN bestritt sogar die Greuelthaten. Er habe das Gebiet wenige Tage nach der Eroberung durch die Taleban besucht und überall normales Leben gesehen.

Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Afghanistan, der Bangladeshi Dr. Kamal Hussain, äußerte unterdessen seine Befürchtungen über "extralegale Tötungen" in Afghanistan. Besonders die anhaltenden Kämpfe in Bamian seien ein Grund zur Besorgnis.

Zerstörung eines Buddhas

Der Kampf um Bamian ging auch mit der Zerstörung eines weiteren wichtigen Kulturdenkmals Afghanistans einher: des sogenannten "Kleinen Buddhas". Dschingis Khans Mongolensturm hat er überstanden, aber nicht die Herrschaft der Taleban. Die afghanischen Ultraislamisten haben das 36 Meter hohe Halbrelief, das wahrscheinlich im 3. Jahrhundert aus einer steil abfallenden Felswand im Bamian-Tal herausgemeißelt wurde, teilweise zerstört. Das wurde bekannt, nachdem die 'Hezb-e Wahdat' zeitweilig das entlegene zentralafghanische Tal von den Taleban zurückerobert hatte. 70 Prozent der Statue seien zerstört, so einer ihrer Sprecher. 400 Meter westlich des "Kleinen Buddhas" befindet sich mit dem 53 Meter hohen "Großen Buddha" sogar die größte aufrechte Buddhastatue der Welt. Da islamische Eroberer in früheren Jahrhunderten bereits dessen Gesicht abschliffen, um das Bildverbot des Koran wenigstens teilweise durchzusetzen, scheint wenigstens dieses Kunstwerk dem Vandalismus der Taleban vorerst entgangen zu sein.

Was zunächst regionale Nachrichtenagenturen meldeten, bestätigen Fotos, die der 'Gesellschaft zur Erhaltung des Kulturerbes Afghanistans' (SPACH) vorliegen, einer Vereinigung westlicher Afghanistan-Experten und Diplomaten, die unter anderem von der UNESCO unterstützt wird. Während der "Kleine Buddha" auf einer Aufnahme vom Juli 1998 noch vollständig erhalten ist, zeigt ein Foto vom November des Vorjahres seine kopflose Gestalt. Um den 18. September, kurz nach ihrem Einmarsch, hätten Taleban den Kopf gesprengt, indem sie Dynamit in der dahinterliegenden Nische zur Explosion brachten. Von ihm sei "praktisch nichts" übrig, ebenso von dem Stuck, der sich in dem Gewölbe darüber befunden hatte, heißt es in einem SPACH-Bericht, der über das Internet verbreitet wird. SPACH hatte bereits Raubgut aus afghanischen Museen im Internet zur Fahndung ausgeschrieben.

Schon im vergangenen Jahr war berichtet worden, daß ein Panzerkommandant der Taleban eine Rakete auf den Leib der Statue gefeuert und dabei weiteren Schaden angerichtet habe. Als dies international bekannt wurde, sah sich Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar gezwungen, Wachen vor den Buddhas aufzustellen - offensichtlich zu spät. Die Felsenklöster von Bamian waren vom 1. bis 7. Jahrhundert eines der Zentren der buddhistischen, griechisch beeinflussten Gandhara-Kultur und eine wichtige Karawanenstation zwischen China, Indien und Persien.